

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Wahlkampf in Hamburg leider ohne Einfluss auf die Große Koalition von Diana Golze

„Zahlreiche wichtige Kinderartikel unterliegen schon heute dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Wir wollen auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit prüfen, wo in Zukunft grundsätzlich der untere Mehrwertsteuersatz angewendet werden kann. Ziel ist, typische Kleinkind- und Kinderprodukte des täglichen Bedarfs hierunter zu fassen.“ Dieser Satz hätte durchaus aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die Linke sein können oder Teil der Begründung des Antrags zum gleichen Thema .Dieser Satz aber stammt aus der Hamburger Erklärung des CDU Parteivorstandes vom 11. Februar 2008!

Die Linke war in der Sitzung des Bundestages am 14. Februar mit einem eigenen Antrag, der am 01. März letzten Jahres(!) eingereicht worden war, in die Debatte gegangen. In diesem fordert die Fraktion „die Bundesregierung auf, durch eine Änderung des § 12 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes den Katalog der Lieferungen und Leistungen, die mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden, um Waren und Dienstleistungen für Kinder zu erweitern.“, mit der Begründung, dass durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19% auf eine relevante Größe von Artikeln, die für Kinder angeschafft werden müssen,

eine schwer zumutbare Preissteigerung erfolgte.

Jede und jeder normale Bürgerin und Bürger könnte dieser Logik sicher auch aus eigenem Erfahren zustimmen. In der Debatte fand sich die Linksfraktion nun in einer sehr grotesken Situation wieder: Die CDU hat zwar eine Hamburger Erklärung, ihre Fraktion hingegen scheint die innerparteiliche Debatte nicht wahrgenommen zu haben. Oder überholt der ach so soziale Wahlkampf der Partei die Fraktion im Bundestag? Fakt ist, der Hamburger Senat steht vor allem wegen seiner Kinderbetreuungs politik in der Kritik der Bevölkerung; insbesondere die Einführung des Kita- Gutscheins in Hamburg sorgt für Unmut - mit der Hauptkritik an der Schlechterstellung von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Man ist also familienpolitisch in der Klemme. Zur Stellungnahme der SPD durch die Abgeordnete Frechen bleibt nicht viel zuzusagen, außer, dass nach ihrer Auffassung ein ermäßigter Steuersatz nicht zu geringeren Preisen führen würde – so unternehmerfeindlich denkt nicht mal DIE LINKE. Am Ende der Debatte bleibt:

1. Alle Fraktionen – außer der LINKEN – sind der Empfehlung des Ausschusses, gegen den Antrag zu stimmen, gefolgt.

Themen dieser Ausgabe:

SPD hat keine Lösung Kirsten Tackmann	2
---	---

Kurzinterview mit Lothar Bisky	2
-----------------------------------	---

Finanzkrise – Verluste sozialisiert, Gewinne privatisiert	3
---	---

Rechtsstaatlichkeit in Brandenburg wieder herstellen Wolfgang Neskovic	4
---	---

Anträge DIE LINKE. der Sitzungswoche	5
--------------------------------------	---

Pressemitteilungen und Reden der MdB's	6
--	---

Informationen + Termine der Fraktion DIE LINKE.	7
---	---

DIALOG
FÜR EIN BRANDENBURG
DER REGIONEN

SPD hat keine Lösung für mehr existenzsichernde Arbeit auf dem Lande – die CDU keine Meinung

von Kirsten Tackmann

Am Mittwoch war unser Antrag „Arbeitgeberzusammenschlüsse zur Stärkung ländlicher Räume“ im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf der Tagesordnung.

Arbeitgeberzusammenschlüsse (AGZ) sind betriebliche Kooperationen mit dem Ziel, nur zeitweise oder saisonal auftretende Arbeit so zu organisieren, dass sozialversicherungspflichtig bezahlte Arbeitsplätze entstehen und so Fachkräfte in den Dörfern gehalten werden können. Den Arbeitgebern wird damit ein flexibler, am Bedarf orientierter Einsatz von eingearbeitetem, qualifiziertem Personal ermöglicht. Die Vorteile für die Beschäftig-

ten: Sie sind ganzjährig bei einem Arbeitgeber beschäftigt, erfüllen aber verschiedene, abwechslungsreichen Tätigkeiten in den unterschiedlichen Mitgliedsbetrieben, ohne in Leiharbeit zu geraten, die häufig eine moderne Form der Sklaverei ist. AGZ können damit ein Beitrag sein um auch mit saisonaler Arbeit Menschen eine soziale Perspektive zu geben und kleine Betriebe in ländlichen Räumen zu unterstützen. Aktuell befindet sich ein neuer AGZ in Potsdam-Mittelmark im Aufbau.

Leider konnten sich nur die Grünen mit unserem Antrag anfreunden. Die SPD lehnte unseren Antrag ab, weil die rechtlichen Bedingungen für die AGZ vorhanden seien. Eine zusätzli-



che Unterstützung sei nicht nötig. Die großen arbeitsmarktpolitischen Probleme in den ländlichen Räumen würden dadurch nicht gelöst. Ob das Nichtstun der SPD da mehr helfen kann, wage ich zu bezweifeln! Die anderen Fraktionen hatten gar keine Meinung bei dieser Diskussion. Da sieht man mal wieder, wie wichtig ihnen das Thema ist.

"Die Öffentlich-Rechtlichen werden in die Bedeutungslosigkeit fallen, wenn sie so weitermachen."

Interview mit Lothar Bisky

FK: Herr Bisky, in Ihrem Vorwort zur Studie "Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Wettbewerb und Kultur" warnen Sie vor einem "kompletten Identitätsverlust der öffentlich-rechtlichen Sender" und einem "Zusammenbruch des dualen Rundfunksystems". Sie über-treiben.

Wer die Öffentlich-Rechtlichen schützen will, muss jetzt auf Reformen dringen. Wir können nicht Jahrzehnte warten, bis es dann möglicherweise zu spät ist. Die immer weitere Annäherung der öffentlich-rechtlichen an die privaten Programme halte ich für einen großen Fehler. In den

Nachmittagsprogrammen der Öffentlich-Rechtlichen findet eine massenkompatible Verramschung von Sendezeit zugunsten minderwertiger Soaps statt. Auch manch andere Programmteile im dualen System nähern sich an. Die Mainstreamisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nicht zu übersehen. "Das vollständige Interview gibt es im Büro von Lothar.Bisky@bundestag.de"

Infobox: Die Bundestagsfraktion hat mit der Studie "Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Wettbewerb und Kultur" einen verheerenden Bericht zum Zustand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks publiziert.



Finanzkrise – Verluste sozialisiert, Gewinne privatisiert von Dagmar Enkelmann

Was schert uns unser Geschwätz von gestern – das scheint das politische Motto der Bundesregierung auch bei der globalen Finanzkrise zu sein. Ende Januar noch beschwichtigte Hartmut Schauerte, Staatssekretär im Wirtschaftsministeriums, auf eine Dringliche Frage der Fraktion DIE LINKE hin: Hektische Reaktionen der Politik würden die „bestehenden Unsicherheiten eher vergrößern als verkleinern.“ Eine Sitzungswoche später und nach einer dramatischen Rettungsaktion für die IKB Deutsche Industriebank hielt es die Bundesregierung für nötig, eine Regierungserklärung zur Finanzkrise abzugeben.

An substantielle Veränderungen denkt die Regierung, wie Finanzminister Steinbrück klarmachte, keineswegs. Sie belässt es bei Beschwichtigungen und übergeht die eigene Verantwortung für die Milliardenverluste mit Schweigen. Die LINKE fordert in der krisenhaften Lage: Zunächst müssen alle Fakten auf den Tisch, um klarzustellen, welche Folgen die Finanzkrise für die Kreditinstitute, die Unternehmen und auch für Kreditnehmer wie den „Häuslebauer“ hat. Die nicht enden wollenden Hiobsbotschaften vom Finanzmarkt bereiten auch der LINKEN große Sorgen.



Bei der WestLB sollen 1500 Beschäftigte die Fehler des Managements mit ihren Jobs bezahlen. Das Land Sachsen muss sich, um die Landesbank zu retten, sich mit Milliarden verschulden. Trotz der Finanzkrise verzeichnen private Kreditinstitute wie die Deutsche Bank allerdings erneut Milliardengewinne. Die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne privatisiert – auf diese Weise will die Bundesregierung offenbar die Krise „bewältigen“.

Die LINKE dagegen fordert, dass auch auf dem Finanzmarkt die Politik wieder das Sagen hat: Die bundes- und landeseigenen Banken müssen sich wieder auf ihre Kernaufgabe – die Unternehmensfi-

nanzierung - konzentrieren. Künftig ist es auch notwendig, dass Hedgefonds und andere Finanzgesellschaften für ihr Kreditgeschäft Eigenkapital aufwenden müssen. Auch die Vorstände der Fonds müssen stärker für die Folgen ihrer Tätigkeit haften und nicht noch mit dem Goldenen Handschlag verabschiedet werden. Gänzlich zu verbieten ist für die LINKE schließlich der Weiterverkauf - im Bankendeutsch: Verbriefung - von Krediten.

Rechtsstaatlichkeit in Brandenburg wieder herstellen von Wolfgang Neskovic

Die rechtswidrige Aneignung von Bodenreformland durch die Landesregierung hat bundesweit für Schlagzeilen und heftige Empörung gesorgt. Der BGH hat das Verhalten der Landesregierung als eines Rechtsstaates unwürdig und als sittenwidrig bezeichnet. Vernichtender kann eine gerichtliche Entscheidung nicht ausfallen. Sie lässt auf ein maximales Empörungspotential schließen.

Die LINKE in Brandenburg hat in ihrem Leitbild die Erhaltung und den Ausbau des Rechtsstaates als ein zentrales politisches Ziel definiert. Sie muss in Brandenburg ein Garant für die Wahrung des Rechtsstaates sein. Deswegen ist es konsequent und für Ihre Glaubwürdigkeit unerlässlich, wenn sie mit aller Kraft darauf drängt, dass die notwendige Aufklärung des skandalösen Enteignungsvorganges erfolgt. Der von unserer Landtagsfraktion durchgesetzte Untersuchungsausschuss ist die richtige Antwort auf das rechtsstaatswidrige Verhalten der Landesregierung.

Im Kern geht es dabei darum, den Umfang des entstandenen Schadens aufzuklären und die dafür politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Darüber hinaus sind die noch unbekanntenen Erben unverzüglich zu ermitteln, damit entweder die Grundstücke auf sie übertragen werden können oder Schadensersatz geleistet werden kann.

Neben dem Untersuchungsausschuss ist es auch erforderlich, dass die strafrechtliche Verantwortlichkeit der beteiligten Personen geklärt wird. Die Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen ist auf Grund der bisher bekannt-gewordenen Tatsachen unvermeidbar.



Hier kommen die Straftatbestände der Untreue und des Betruges in Betracht. Hierbei kommt der Staatsanwaltschaft eine besondere Verantwortung zu – gerade weil viele Brandenburger wegen Trennungsgeldaffäre noch große Vorbehalte gegen die Funktionsfähigkeit der Justiz haben. Die Staatsanwaltschaft ist aufgefordert, ohne Ansehen der Person auch gegen Regierungsbeamte und -mitglieder zu ermitteln.

Anträge der LINKEN der Sitzungswoche:

„Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für Produkte und Dienstleistungen für Kinder auf 7 Prozent“ Drs. 16/4485 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707300804_1604485.pdf

Die Bundesregierung wird mit diesem Antrag aufgefordert, Familien mit Kindern und Alleinerziehende steuerlich zu entlasten.

„Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für eine grundlegende Wende der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik nutzen“

Drs. 16/5109 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748465593_1605109.pdf

Der deutsche Vorsitz soll sich für eine grundsätzliche Wende in diesem Politikbereich einsetzen, der den Schutz von Menschen in Not und eine solidarische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Bekämpfung der Fluchtursachen in den Mittelpunkt stellt - gegen die bisherige Politik der Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung, die tausende Tote im Jahr in Kauf nimmt.

„Für ein Europäisches Kartellamt“

Drs. 16/5360 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7789408797_1605360.pdf

Die Europäische Kommission ist mit der Beaufsichtigung des Wettbewerbs überfordert. Sie nutzt ihre Kompetenzen nicht ausreichend, und verhängt lediglich Geldstrafen, wo strukturelle Maßnahmen notwendig wären, beispielsweise im Energiesektor. Die Schaffung eines zentralen Europäischen Kontrollamtes mit angemessener Ausstattung und dem Zusatzinstrument der Preiskontrolle ist daher notwendig, um den Wettbewerb und die wachsende Konzernmacht besser regulieren zu können.

„Arbeitsplatzabbau bei Airbus verhindern - Staatliche Sperrminorität bei EADS herstellen“

Drs. 16/4308 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739303042_1604308.pdf

Der Staat soll sich über eine öffentliche Sperrminorität und über eine Revision des Aktionärspakts bei EADS Einfluss auf die Geschäftspolitik bei Airbus sichern. Die Bundesregierung soll alle Einflussmöglichkeiten nutzen, um den drohenden Kahlschlag bei Airbus zu verhindern.

„70. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden in Spanien - Würdigung des Kampfes deutscher Freiwilliger an der Seite der spanischen Republik“

Drs. 16/2679 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7750405844_1602679.pdf

Würdigung des Einsatzes deutscher Freiwilliger zur Verteidigung der Spanischen Republik 1936-1939, Distanzierung von der jahrzehntelangen politischen Praxis der Bundesrepublik, sich in die Tradition der faschistischen Unterstützer Francos zu stellen.

„Den Friedensprozess im Nahen Osten wieder aufnehmen“

Drs. 16/3802 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7755196890_1603802.pdf

DIE LINKE fordert die Wiederaufnahme des Friedensprozesses im Nahen Osten. Die Bundesregierung soll nicht nur erklären, dass sie zu handeln beabsichtigt sondern auch Konzepte vorlegen, mit denen sie auch zielführend für eine Beendigung des Konfliktes agieren will.

„Aktionsplan »Finanzmärkte demokratisch kontrollieren, Konjunktur und Beschäftigung stärken«“ Drs. 16/7191 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7730352544_1607191.pdf

Mit dem Antrag präsentiert DIE LINKE einen Katalog von Maßnahmen, die als Konsequenz aus den Finanzturbulenzen zu ziehen sind und die für mehr Stabilität und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte sorgen. Damit entwirft sie eine linke Alternative zu den Maßnahmen, die aktuell - auch auf internationaler Ebene (EU, G7) - diskutiert werden und greift auch Forderungen aus dem außerparlamentarischen Raum (DGB, attac)

„Rechtsanspruch auf Mieterberatung für Menschen mit geringem Einkommen“

Drs. 16/5247 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7728580943_1605247.pdf

Die Erfahrungen von Mieterverbänden und -vereinen zeigen, dass die Überprüfung von Mieterhöhungen, Betriebskostenabrechnungen, Mietpreisüberhöhungen u.ä. von den Kostenträgern häufig nicht durchgeführt und unkritisch übernommen werden. Wir fordern den Anspruch auf eine Mieterrechtsberatung für Hilfebedürftige.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



- **Bundesregierung sponsert private Versicherungswirtschaft mit Millionenbeträgen**



<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1218178600>

<http://www.diana-golze.de>



- **Kinderzuschlag vermurkst – Krippenausbau gestoppt**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1271692836>

- **Kinderzuschlag: Regierung will sich waschen, ohne nass zu werden**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1260541316>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



- **Strafrechtliche Ermittlungen unvermeidbar**
- **Dreier als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts ungeeignet**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1240328183>

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1227218330>

- **Endlich den Rechtsstaat in Brandenburg wieder herstellen**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1271177885>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



- **Ursachen weiblicher Genitalverstümmelung wirksam bekämpfen**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1282225501>

- **Agro-Gentechnik ist russisches Roulette**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1202994096>

Information der Landesgruppe:



Jugendwettbewerb „Zivilcourage vereint“ verlängert!!!!

Aufgrund der geänderten Ferienzeiten in diesem Jahr (z.B. Wegfall der Winterferien) verlängern die Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die LINKE. den Einsendeschluss des antifaschistischen Jugendwettbewerbs "Zivilcourage vereint". **Einsendeschluss** für die Beiträge ist nun der **16. März 2008**. Über die Preisträger entscheidet eine fachkundige Jury. Nähere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.zivilcourage-vereint.de.

Informationen und Termine der Fraktion DIE LINKE.:

Aktuelle Stunde im Bundestag:



Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Haltung der Bundesregierung zu einer räumlichen und personellen Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan“

Positionspapier der Linken zu Quick Reaction Forces in Afghanistan

http://www.linksfraktion.de/positionspapier_der_fraktion.php?artikel=7757866693

Seit einem halben Jahr gibt es im Internet die Bundestags-Kinderseite <http://www.kuppelkucker.de>. Hier wird Kindern die Arbeit des Bundestages spielerisch und unterhaltsam erklärt. Diese Seite ist besonders für die Zielgruppe der 7– 12 Jährigen geeignet, aber natürlich für alle anderen Jahrgänge



Ergebnis der Namentlichen Abstimmung:

Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes für Kinderprodukte und -dienstleistungen auf 7 Prozent Abgestimmt wurde über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Der Ausschuss empfiehlt den Mitgliedern des Bundestages, den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen, d.h. alle Nein- Stimmen unterstützen den Antrag, in dem DIE LINKE fordert, den Mehrwertsteuersatz für Kinderprodukte und -dienstleistungen auf 7 Prozent herabzusetzen. <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7794203065.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	208	0	2
SPD	200	0	0
FDP	56	0	0
DIE LINKE	0	49	0
B90/Grüne	50	0	0

Information am Rande:

Termine:

Filmvorführung & Diskussion mit Malalai Joya:

Enemies of Happiness

15.02.2008

19:30 Uhr - 22:30 Uhr

im Studiokino Babylon

Und

16.02.2008 19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Kino Arsenalbr

Am Stadtgraben 33

Tübingen



querblick, das Infoblatt für feministische Politik und Geschlechtergerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE.

Vierteljährlich bündelt der querblick Informationen über parlamentarische Initiativen der Linken zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Hinzu kommen eine Schwerpunktseite, eine Debatte zu einem kontroversen Thema und der Dialog mit außerparlamentarischeren Bewegungen.

Jetzt kostenfrei abonnieren!

<http://www.linksfraktion.de/bestellformular.php>